

Branchenverband kritisiert: «Elternschaft ist keine Krankheit»

Dass die Mutterschafts- und bald auch die Vaterschaftszeit via Krankentaggeld bezahlt werden sollen, hält der LKV für nicht sinnvoll.

Taggeldversicherung – für die meisten hat dieser Begriff wenig mit ihrem Alltag zu tun. Firmenchefinnen oder Unternehmer in Liechtenstein wissen hingegen genau, worum es geht: Die Taggeldversicherung ist für Unternehmen im Land obligatorisch. Sie müssen sie für ihre Arbeitnehmenden abschliessen, um sie gegen den Lohnausfall infolge Krankheit zu versichern.

In diesem Zusammenhang gibt es in Liechtenstein ein Kuriosum: Während die Entschädigung, die eine Frau während des Mutterschaftsurlaubs erhält, in der Schweiz via Erwerbersatzordnung abgewickelt wird, erhält eine frisch gebackene Mutter in Liechtenstein das Mutterschaftsgeld als Taggeld von der Krankenkasse. Neu soll auch die zweiwöchige Vaterschaftszeit, die im Land eingeführt wird, via Taggeldversicherung bezahlt werden.

«Davon raten wir nach wie vor eindringlich ab»

An diesem Umstand stösst sich der Liechtensteiner Krankenkassenverband (LKV). Die Abwicklung der Mutter- und Vaterschaftszeit über die Taggeldversicherung hält er für keine gute Idee, wie es in einer Mitteilung vom Montag heisst: «Davon raten wir nach wie vor eindringlich ab.» Die Begründung:

Der Verband hält es für falsch, dass Mutter- und Vaterschaft in Liechtenstein weiterhin «wie eine Krankheit» behandelt werden.

Verband schlägt vor, über die FAK zu finanzieren

Statt einer Auszahlung via Krankenkasse schlägt der LKV vor, Mutter- und Vaterschaftsleistungen über die Familienausgleichskasse (FAK) abzuwickeln – analog zur bezahlten Elternzeit, die über die FAK finanziert werden soll. Das hat laut dem Verband einen entscheidenden Vorteil: Die Abwicklung aller Leistungen, die im Zusammenhang mit der Elternschaft stehen, würden vereinheitlicht.

Ausserdem habe die Regelung von Mutterschaftsleistungen – sprich die Abwicklung über die Taggeldversicherung – in der Vergangenheit Nachteile mit sich gebracht – für allem für kleinere Betriebe. «Eine Mutterschaft hat sich zum Teil merkbar in der Taggeldprämie niedergeschlagen», konstatiert der LKV. Derselbe Fehler solle darum bei der Vaterschaftszeit nicht wiederholt werden.

Befürchtung, dass die Lohnnebenkosten steigen

Der jüngste Vorstoss des Branchenverbands ist nicht ganz neu. Bereits im vergangenen

Jahr, während der Vernehmlassung zur geplanten Elternzeit, hat der LKV die Finanzierung zur Diskussion gestellt. Er gab zu bedenken, dass die Finanzierung des neuen Vaterschaftsurlaubs über die Krankentaggeldversicherung neue bzw. höhere

Lohnnebenkosten für die hiesigen Betriebe mit sich bringe. Zudem würde die Stellung derjenigen Betriebe, die Mütter und Väter beschäftigen, verschlechtert, weil diese Leistungen als Schadenssumme im Vertrag des jeweiligen Betriebs

aufscheine und eine Erhöhung der Prämie folgen könnte. Auch damals schon pochte der Verband auf das Argument, dass es sich bei Elternschaft nicht um eine Krankheit handle: «Die Betriebe beziehen keine Krankheits-, sondern Familienleis-

tungen.» Eine Finanzierung ausserhalb der Krankengeldversicherung würde hingegen das Ziel erreichen, dass zusätzliche Lohnnebenkosten für die Betriebe verhindert würden.

Valeska Blank

Väter sollen zwei Wochen bezahlte Vaterschaftszeit bekommen. Bild: Keystone

